



Zur Zukunft der Öffentlichkeitsbeteiligung

Martina Handler, ÖGUT, im Gespräch mit dem Zukunftsforscher Edgar Göll vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung - IZT, Berlin

Martina Handler:

Es werden große Umwälzungen für die nächsten Jahrzehnte prognostiziert. Viele Herausforderungen kommen auf uns zu, ökologisch, sozial, politisch; welche Rolle, kann Partizipation bei der Bewältigung dieser Veränderungen spielen?

Edgar Göll:

Ich bin der Meinung, dass Partizipation bei diesen Zukunftsaufgaben nicht nur eine Rolle spielen *kann*, sondern eine Rolle spielen *muss*. Viele Herausforderungen, insbesondere die ökologischen, aber auch die kulturellen, lassen sich nur dann lösen, wenn möglichst viele Menschen sich daran beteiligen. Es geht letzten Endes darum, Verhaltensweisen zu verändern und Denkstrukturen aufzulösen. Die Politik, Verwaltung und Medien können Impulse setzen, aber jeder einzelne Mensch, jede Familie sollte nach Lösungen suchen. Solche Lösungen kann man nicht von oben vorgeben, sondern die müssen gelebt werden können. Es ist eine große Herausforderung für die Politik und die Verwaltung herauszufinden, auf welche Art und Weise man die Bevölkerung in diese Prozesse einbeziehen kann.

Martina Handler:

Sie sagen, die Menschen müssen eingebunden werden. Es wird schon lange von Seiten der Politik und Verwaltung darüber gesprochen, dass das geschehen muss. Tatsächlich funktioniert es aber in vielen Bereichen nicht oder nur mangelhaft. Wo muss man ansetzen, um tatsächlich Leute zu motivieren sich zu beteiligen bzw. auch die Politik zu motivieren, diese Ergebnisse ernst zu nehmen?

Edgar Göll:

Die Herausforderung besteht darin, die jeweils andere Seite besser zu verstehen. Das heißt, die Politik muss sich der Mühe unterziehen, die Wählerschaft in ihrer Differenziertheit – die verschiedenen sozialen und kulturellen Milieus – wahrzunehmen und zielgenau anzusprechen. Man kann nicht mit einem Slogan alle Menschen erreichen. Auf Deutschland bezogen wird man zum Beispiel Hartz IV-EmpfängerInnen anders ansprechen müssen als AkademikerInnen. Dasselbe gilt auch für die breite Wählerschaft, unter der manchmal die Meinung herrscht, dass die Politik sich nur dann um sie kümmert, wenn sie etwas von ihnen will. Es geht auch darum, dass die Bevölkerung besser versteht, wie kompliziert viele Fragen und Probleme sind, und dass es dafür keine einfachen Lösungen gibt. Daher wäre es wichtig, dass VertreterInnen von Politik und Verwaltung einerseits und

von der Bevölkerung andererseits in verschiedenen, passenden Räumen zusammenfinden können. Mit Räumen meine ich nicht Zimmer oder Gebäude, sondern Räume, in denen eine neue und ernsthafte Form der Kommunikation stattfinden kann; in denen ehrliches und möglichst offenes Wahrnehmen der Interessen stattfinden kann, ohne Kämpfe und Konkurrenzgebaren.

Martina Handler:

In welchen Bereichen funktioniert Beteiligung bereits sehr gut, wo kann man Elemente nehmen und auf andere Bereiche übertragen? Wovon kann man lernen?

Edgar Göll:

Es gibt einige gute Beispiele im Bereich der kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse, Stichwort Lokale Agenda 21. Hier geht es darum, dass zumindest Teile der Bevölkerung ihren Lebensstil und ihr Konsumverhalten ändern. Wenn man es schafft, soziale Milieus direkt anzusprechen und sie zum Beispiel zum Kauf von „Fair trade“- und ähnlichen nachhaltigen Produkten zu motivieren, dann ist der erste Schritt getan. Es geht darum, Verhaltensweisen zu beeinflussen. Erfolgreiche Beispiele zeigen, dass es immer darum geht, die Interessen, die Motivationen, Inspirationen oder Aspirationen von Menschen zu treffen. Ein anderes Beispiel ist Hannover, wo vor über 15 Jahren die Idee der interkulturellen Gärten entwickelt wurde. Die Idee kam meines Wissens von einer Osteuropäerin, die nach Deutschland eingewandert war und die einerseits den Wunsch verspürte, Früchte und Gemüsesorten ihrer Heimat anzubauen, und andererseits mehr Kontakt mit der Deutschen Gesellschaft zu haben. So kam sie auf die Idee, ein freies Feld in Hannover dafür zu nutzen. Sie hat dann in Zusammenarbeit mit anderen die Idee des interkulturellen Garten ausgearbeitet: Freiflächen, die fast in jeder Gemeinde vorhanden sind und brachliegen, werden genutzt, um dort zusammen mit anderen Gemüse und Obst anzubauen. Jeder, der sich daran beteiligen will oder jede, die sich beteiligen will, erhält eine bestimmte Parzelle und kann dort schalten und walten, wie er oder sie gerne möchte. Es werden gemeinsam Feste gefeiert oder man hat die Gelegenheit, ausländische Mitbürgerinnen einfach Fragen zu stellen wie „Sag mal, ich habe da ein Problem in der Schule mit meinem Kind. Was soll ich denn machen?“ Es ergeben sich völlig locker und alltagsnahe Gelegenheiten, Dinge zu klären, die ansonsten vielleicht mit einem Gang zur Behörde verbunden wären. Dieses Projekt, von dem es mittlerweile mehrere hunderte allein in Deutschland gibt, ist ein Beispiel par excellence, durch das verschiedene Bedürfnisse auf einmal befriedigt und durch das Potenziale sinnvoll verknüpft wurden. Unterstützt durch die kommunale Verwaltung und durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit ist so ein Projekt ein erfolgreicher Selbstläufer.

Martina Handler:

Auf der kommunalen und regionalen Ebene gibt es schon zahlreiche Beteiligungsprozesse und viele politische Verantwortliche sagen, das sei auch die Ebene, wo Beteiligung hingehört. Auf nationaler Ebene oder auf transnationaler Ebene ist es wesentlich schwieriger, Beteiligungsprozesse umzusetzen. Wie schätzen Sie das ein? Wie wichtig sind Beteiligungsprozesse auf diesen übergeordneten Ebenen, und wie können diese funktionieren? Gibt es Beispiele, die Ihnen dazu einfallen?

Edgar Göll:

Partizipation funktioniert sicherlich in der eigenen Lebenswelt, also auf der lokalen oder regionalen Ebene am Besten. Eine angemessene Beteiligung erfordert entsprechende Interessen, bestimmte Fähigkeiten und Zugangsweisen, vielleicht sogar Erfahrung. Wichtig ist aber auch zu beachten, mit welchen Leuten man es in den jeweiligen Beteiligungsprozessen zu tun hat. Es gibt zum Beispiel

Methoden wie „Planning for Real“, wo es darum geht, einen bestimmten Gemeinde- oder Stadtteil zu planen oder umzugestalten. Hier ist es wichtig, mit den EinwohnerInnen Modelle zu bauen, um anschaulich zu machen wie sich der Stadtteil verändern wird. Man kann die Leute nicht vor abstrakte Pläne setzen – Visualisierung ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig.

Wenn man auf die regionale, nationale oder sogar internationale Ebene geht, wird es immer schwieriger, die Voraussetzung für eine gute und effiziente Beteiligung zu erfüllen. Die Vorbereitung wird aufwändiger; aber nichtsdestotrotz ist es zum Beispiel möglich, eine Planungszelle für eine nationale Fragestellung durchzuführen. Dabei werden ausgewählte BürgerInnen eingeladen, sich bezahlterweise für einige Tage zusammen und sich mit ExpertInnen einem bestimmten Problem zu widmen. Die Erfahrung mit solchen Planungszellen ist sehr positiv. Die Potenziale der Menschen werden meistens unterschätzt. Mit entsprechender Vorarbeit oder Unterstützung sind die Laien in Planungszellen absolut in der Lage, bestimmte Fragen sehr gut zu beantworten und innovative, völlig neue Ideen zu entwickeln, die einer anderen Funktionslogik entspringen. Es gibt für alle administrativen Ebenen, Methoden und Verfahren wie Partizipation geschehen kann. Man kann sogar noch eine Ebene höher gehen – auf die globale Ebene. Auch da gibt es Partizipationsaktivitäten, wobei allerdings meistens VertreterInnen von NGOs eingebunden sind und nicht BürgerInnen. Wenn der Wille wirklich da ist, gibt es viele Möglichkeiten.

Martina Handler:

Ein zentraler Punkt ist meiner Einschätzung nach Politik als Auftraggeberin von Beteiligung. Oft hat man den Eindruck, dass Beteiligungsangebote nicht ganz ernst gemeint sind, weil es doch auch eine gewisse Einschränkung der Entscheidungsfreiheit für die Politik bedeutet. Wie kann man der Politik Beteiligung schmackhaft machen? Wie können Widerstände beseitigt werden?

Edgar Göll:

Die Widerstände, die es in der Politik und der Verwaltung gibt, sind teilweise nachvollziehbar. Wenn man sich in die Lage der EntscheidungsträgerInnen versetzt, dann scheint einiges gegen Beteiligung zu sprechen: Beteiligungsverfahren erfordern einen zeitlichen Aufwand und das heißt zusätzliche Arbeit. Es gibt auch gewisse Unsicherheiten, wohin die Reise geht, wenn die Bevölkerung mitdiskutiert. Es ist daher wichtig, dass man sich erfolgreiche Beispiele anschaut. Es geht ja nicht darum, dass bei allen Fragen die gesamte Bevölkerung immer mitreden soll. Sondern es geht darum, Möglichkeiten zu finden und eventuell alle paar Jahre professionell geführte Beteiligungsverfahren durchzuführen. Und zwar deshalb, damit die Kluft, die ja zwischen Entscheidungsträgern und der Bevölkerung und deren Lebenslage existiert, überwunden wird. Das wäre auch ein wichtiger Grund, warum für PolitikerInnen oder andere EntscheidungsträgerInnen Partizipationsverfahren wichtig sein sollte – sie erhalten Kenntnis dessen, was von der Bevölkerung oder von Teilen der Bevölkerung wirklich gedacht wird. Hinzu kommen noch andere Vorteile: BürgerInnen sind längerfristig motivierter, sich für das Gemeinwohl zu arrangieren, ihr Know-how, ihre Beziehungen, Kenntnisse und Fähigkeiten einzubringen. Und da der Staat und die Kommunen immer weniger Geld zur Verfügung haben, können Ressourcen, die BürgerInnen einbringen, genutzt werden.

Ein weiterer Vorteil ist, dass Entscheidungen am grünen Tisch, auf Basis von technokratischen Erwägungen, die mit den Betroffenen nicht rückgekoppelt wurden und daher in der Realität keinen Bestand haben, vermieden werden können. Das letzte Beispiel war Stuttgart 21: Es gab sicherlich mehr oder weniger gute Gründen, warum die EntscheidungsträgerInnen der Politik und Wirtschaft sich für das Projekt entschieden haben. Aber diese Entscheidung wurde ohne eine angemessene

Beteiligung der Betroffenen gemacht. Das hat zu enormen Konflikten geführt, zu Auseinandersetzung, zu Verletzten sogar und natürlich zu immensen Kosten. Um das zu vermeiden, ist Partizipation unabdingbar. Viele Beispiele zeigen, dass durch Partizipation Entscheidungen verbessert und Projekte sogar verbilligt werden konnten. Ich bin überzeugt, dass auch durch Gespräche mit Personen, die in Beteiligungsverfahren eingebunden waren, PolitikerInnen und EntscheidungsträgerInnen Vertrauen und Mut gewinnen, sich auf solche Verfahren einzulassen.

Martina Handler:

Es wird in letzter Zeit immer öfter von „Verhinderungsbeteiligung“ gesprochen, dass sich also BürgerInnen besonders dann beteiligen, wenn es etwas zu verhindern gilt. Wie schätzen Sie das ein? Ist das so? Und wie kann man den Protesten gegen politischen Maßnahmen oder Verwaltungsentscheidungen konstruktiv begegnen?

Edgar Göll:

Zunächst gibt es in der Bevölkerung – ähnlich wie in der Politik – zu allen Themen unterschiedliche Auffassungen und Interessen. Daher ist eigentlich fast jede gesellschaftliche und politische Entscheidung eine, die nur auf einer Mehrheitsbasis beruht. Das heißt natürlich, dass eine Mehrheit gegen eine Minderheit entscheidet. Für die Politik und für die Verwaltung ist es aber wesentlich, dass wichtige Entscheidungen durch die Mehrheit der Bevölkerung getragen werden. Um das zu gewährleisten, reicht es in unserer komplexen Gesellschaft aber einfach nicht mehr aus, die Wahlbevölkerung alle vier Jahre ein Kreuz machen zu lassen. Daher bin ich sicher, dass es ohne verstärkte Partizipation in Zukunft vermehrt zu Protesten und Gegenwehr kommen wird – bis hin zu gewalttätigen Ausschreitungen. Wenn man sich die Geschichte von Protest und Gegenwehr anschaut, werden diese Formen dann ergriffen, wenn sich Teile der Bevölkerung ohnmächtig fühlen und sie nicht richtig angehört wurden, obwohl sie bestimmte Interessen bei bestimmten Themen hatten. Protest tritt dann auf, wenn mangelnde Beteiligung vorliegt oder vorgelegen hat. Es wäre absolut sinnvoll, in solchen Situationen mehr Bürgerbeteiligung zu wagen, sich auf mehr Partizipationsverfahren einzulassen – so könnten gewalttätige oder andere destruktive Verhaltensweisen minimiert werden.

Auf der anderen Seite wird es natürlich bei Fragen im Bereich Frieden, Ökologie und ähnlichem immer wieder Minderheiten geben, die sich durch besondere Betroffenheit lautstark äußern. Hier ist die Politik auch gefragt, konstruktiv auf solchen Protest zu reagieren und nicht bestimmte Teile der Bevölkerung gar nicht mehr anzuhören. Als Zukunftsforscher vermute ich auch, dass aufgrund der komplizierten Probleme, mit denen wir es teilweise schon heute, aber noch verstärkt in der Zukunft zu tun haben werden, vermehrt zu Protesten kommen könnte. Ein Beispiel könnte der Bau von Moscheen sein: Hier müsste die Politik sehr sensibel vorgehen und einerseits Ängste und Bedenken von Bevölkerungskreisen ernst und wichtig nehmen, andererseits aber Möglichkeiten bieten, sich über solche konfliktären Themen auszutauschen und nicht Bevölkerungsgruppen aufeinander losrennen zu lassen.

Martina Handler:

Man spricht heute ja immer wieder von einer Krise der Demokratie, die sich vielfältig äußert wie etwa durch Entfremdung, schwindendes Vertrauen gegenüber der Politik, oder sinkende Wahlbeteiligung. Wie müsste Ihrer Meinung nach das politische System weiterentwickelt werden, um diesen Phänomenen zu begegnen? Wie müssten Politiker/Politikerinnen der Zukunft sein, um diese Herausforderungen zu bewältigen?

Edgar Göll:

Also die Frage wie PolitikerInnen der Zukunft sein müssten, ist natürlich eine sehr komplizierte, aber auch eine spannende Frage. Ich habe gerade in einem Projekt gearbeitet, bei dem es um Governance der Zukunft ging, also um die Frage, wie in der Zukunft regiert werden könnte und sollte und wie Gesellschaften gesteuert werden können. Die Antwort auf diese Frage ist sehr kompliziert, weil es viele Möglichkeiten gibt, Politik zu gestalten: parlamentarisch, nicht-parlamentarisch, basisdemokratisch, mit bestimmten Parteiensystemen, unterschiedlichen Wahlsystemen. Diese Vielfalt sagt auch viel über die Komplexität unserer Gesellschaften aus. Die Komplexität der gesellschaftlichen oder politischen Steuerung hängt direkt mit der Kompliziertheit der modernen Gesellschaften zusammen. Wenn ich mir vorstelle, dass PolitikerInnen in Zukunft auch mit dieser steigenden Kompliziertheit umgehen müssen, dann wird von diesen Personen sehr viel verlangt. Sie brauchen natürlich ein Minimum an Fachwissen, aber auch großes Wissen über Politikgestaltung, über Politikprozesse, Entscheidungsprozesse und über Kommunikation. Es wird nicht mehr möglich sein, am Grünen Tisch Entscheidungen zu treffen mit der Annahme, dass 90 oder gar 95 % der Bevölkerung damit einverstanden sind. Die Lösungen für bestimmte Probleme können auch gar nicht mehr einfach sein – ein Gesetz oder eine Verordnung wird Probleme nicht mehr lösen können, sondern es werden sicherlich vermehrt komplexe Paketlösungen ausgehandelt werden müssen. Unter dem Strich würde ich sagen, dass diese Komplexität heute nicht mehr hinreichend von PolitikerInnen geleistet werden kann. Die Lobbyeinflüsse sind ja legendär, so dass sich die PolitikerInnen der Zukunft auf Partizipation einstellen müssen. Die althergebrachten Institutionen, teilweise 100, 150 Jahre alt, sind nicht mehr in der Lage, die heutigen oder zukünftigen Probleme zu lösen. Probleme des Klimawandels oder des demografischen Wandels oder Ähnliches lassen sich nicht mehr durch einzelne Entscheidungen lösen. Es bedarf komplizierter Gesamtstrategien, und die können nicht gegen sondern nur mit der Bevölkerung entwickelt werden.

Martina Handler:

Könnten Sie das konkretisieren? Wie könnten Beteiligungsformen zum Beispiel in den Bereichen Klimawandel oder Energiewende aussehen?

Edgar Göll:

Eine Möglichkeit wäre, auf der regionalen Ebene eine Zukunftskonferenz oder eine BürgerInnenkonferenz einzuberufen. Das Problem des Klimawandels könnte von entsprechenden ExpertInnen dargelegt werden. Visualisiert durch Bildern oder Filme könnte sachlich erklärt werden, welche Veränderungen durch den Klimawandel in einer bestimmten Region zu erwarten sind. Somit hätten alle Beteiligten eine sachliche Grundlage. Dann würde jede Bevölkerungsgruppe aufgerufen zu den Bereichen Stellung zu beziehen, von denen sie direkt betroffen ist: LandwirtInnen zum landwirtschaftlichen Bereich, Industrielle zum industriellen Bereich, und so weiter. Dann wäre abzuklären, was Individuen, Organisationen, Verwaltungen oder die Wirtschaft machen könnten, welche Potenziale sie aufgrund ihrer Erfahrungen, Fähigkeiten, und Ressourcen haben. Es wäre der Versuch gemeinsam eine Lösung zu finden, an der sich jeder und jede beteiligt. Wie in einem Orchester, in dem die einzelnen Instrumente beitragen, damit die Gemeinschaft weiter zusammen spielen oder sogar noch besser zusammen spielen kann, als bisher. Das ist natürlich eine hohe Herausforderung und nicht für allen Themen umsetzbar. Deshalb halte ich es für umso wichtiger, sich ausgewählte wichtige Fragen durch partizipative Verfahren anzusehen. Welche Aktivität dann

schlussendlich finanziert und umgesetzt wird, ist eine politische Entscheidung; natürlich wird es nicht einfach werden, aber je gemeinschaftlicher solche Prozesse laufen, umso besser die Ergebnisse.

Martina Handler:

Was sind für Sie als Zukunftsforscher die wesentlichen Herausforderungen, die auf uns zukommen? Können Sie drei oder vier nennen und beschreiben?

Edgar Göll:

Als eine der wesentlichsten Herausforderung der Zukunft für unsere westlich moderne Gesellschaft halte ich die Geschwindigkeit, mit der schon bekannte Probleme wachsen werden: Im sozialen Bereich sind das die demografische Entwicklung, die Alterung der Gesellschaften, Probleme mit der Infrastruktur also Modernisierungskosten, oder Erwerbslosigkeit. Auch andere Probleme werden sich verändern und eher vergrößern. Das erfordert von uns allen die Fähigkeit, mit solchen Herausforderungen umgehen zu können. Wir müssen lernen, das eine oder andere zu tolerieren, nicht zu verzagen und nicht in Ohnmacht zu fallen, weil alles zu viel ist und wir die Probleme nicht mehr aushalten. Wir müssen weiterhin Herausforderungen annehmen, und dort aktiv sein, wo wir etwas erreichen können. Ich bin mir sicher, dass die Unsicherheit und die damit verbundenen Ängste im sozialen Bereich zunehmen werden.

Eine weitere Herausforderung sind die Folgen des Klimawandels: Es wird zu problematischen Ereignissen kommen, und davon werden einige Berufsgruppen und einige soziale Milieus besonders hart getroffen werden, wie zum Beispiel die Landwirtschaft und der Tourismus.

Wichtig ist auch der ökonomische Bereich. Ich kann mir gut vorstellen, dass das, was wir in den letzten Jahren gesehen haben – Probleme auf dem Arbeitsmarkt, Bankenskandal, Bankenkrise, Finanzkrise – Teil einer Systemkrise sind. Dass diese Probleme nicht gelöst, sondern wohl eher auf- oder verschoben worden sind, könnte noch größere Problemen provozieren.

Durch die Globalisierung haben Ereignisse wie das Seebeben vor Fukushima und die daraus folgenden Probleme mit den Atomkraftwerken auch für uns in Deutschland und in der EU Folgen. Durch die Verkettung internationaler, ökonomischer Zusammenhänge ist die Sensibilität gegenüber Veränderungen sehr groß. Wenn zum Beispiel, in China so ein Unfall passieren würde, dann würde es zu einer weltweiten ökonomischen Krise kommen.

Es herrscht eine zunehmende Unsicherheit, mit der wir erst lernen müssen umzugehen. Die Erfahrung zeigt, dass unterschiedliche Personen unterschiedlich damit umgehen können. Das wiederum könnte darauf hinauslaufen, dass ein steigender Teil der Bevölkerung durch Stress, Ängste, und psychosomatischen Krankheiten überlastet wird. Es muss Sorge getragen werden, dass entsprechende Kapazitäten da sind, mit solchen Problemen und Herausforderungen umzugehen und dass Politik und Verwaltung entsprechende Vorkehrungen leisten, damit solche Ängste aufgefangen werden können.

Ein anderer Aspekt, der durch Unsicherheit und Ängsten in politischer Hinsicht verstärkt werden kann, ist der Zulauf zu neonazistischen, neofaschistischen oder nationalistischen Bewegungen. Solche Bewegungen versuchen die eigentlichen Probleme zu ignorieren und durch einfache, aber wirkungsvolle Parolen Feindbilder zu schaffen. Dieses Phänomen stellt für unsere Gesellschaft ein großes Problem dar. Gerade in westeuropäischen Ländern haben wir häufig gesehen, dass solche rechtskonservative Gruppen Wahlerfolge einfahren. Es ist, wie ich meine, eine große Herausforderung für EntscheidungsträgerInnen solche Ängste und Bedenken ernst zu nehmen. Das geht am besten dadurch, dass man mit den Leuten viel stärker ins Gespräch kommt und die

verschiedene Milieus – auch Einwanderergruppen – viel stärker in öffentlichen Diskussionen mit einbezieht.

Martina Handler:

Eine abschließende Frage: Gibt es Entwicklungen oder Initiativen, die Sie positiv finden? Durch die etwas Neues entstehen kann oder die eine Umorientierung einleiten?

Edgar Göll:

Es gibt Anzeichen, einige sind bekannt, einige weniger. In Deutschland haben wir das bei Stuttgart 21 oder den jüngsten Demonstrationen gegen den Einsatz von Atomenergie gesehen. Es gibt auch Entwicklungen, die man an der Oberfläche nicht wahrnimmt; zum Beispiel in Schulen oder in Verbänden, bei denen sich immer mehr junge Leute engagieren. Ein Beispiel sind auch soziale Netzwerke, wie Facebook, oder andere neue Formen der punktuellen Aktivitäten wie Flashmobs. Das stimmt mich optimistisch. Wobei ich zugleich auch etwas skeptisch bin, ob diese kleinen Aktivitäten den großen Problemen angemessen sind, mit denen wir zutun haben.

Da ich selbst zwei Jahre lang in Ägypten als Zukunftsforscher tätig war, erfreuen mich auch die Ereignisse in Ägypten, in Tunesien und den anderen nordafrikanischen oder arabischen Ländern. Man hatte den Leuten überhaupt nicht zugetraut, eigenverantwortlich, selbstbewusst und diszipliniert zu agieren und in ihren Stadtteilen für Ordnung zu sorgen. Nehmen wir Kairo: Wie ich gehört und gelesen habe, haben Leute, die sich selbst eher negativ, egoistisch und träge eingeschätzt haben, die Dinge in die Hand genommen als es konkret nötig war. Als die Lage eskalierte, hat man erst gemerkt, was in diesen Menschen steckt. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt für engagierte Menschen, für Wissenschaftler wie mich oder aber auch für EntscheidungsträgerInnen in der Politik und Verwaltung: Wir müssen immer wieder danach suchen, was eigentlich im Menschen steckt, welche Potenziale er mitbringt. Diese Potentiale sind viel größer als das, was aktuell abgefragt und gefordert wird. Das ist der Punkt, der mich prinzipiell eher optimistisch macht, weil ich weiß und selbst gemerkt habe, wie viel in dem Menschen steckt, wenn man sie nur lässt, wenn man ihnen Gelegenheit bietet sich zu äußern, sich zu engagieren. Dann kommt es aber ganz drauf an, wie man das macht. Es gibt ja hunderte von verschiedenen Bürgerbeteiligungsverfahren, von Methoden der Partizipation und deshalb denke ich, dass für jedes große oder auch kleine Problem ein Verfahren gibt, das angemessen ist und wo man die Menschen draußen gewissermaßen auf der Straße auch erreichen kann, die sich dann auch engagieren würden, punktuell meistens nur und zeitlich begrenzt, aber immerhin. Dieses Potenzial muss von der Politik und der Verwaltung viel mehr ausgeschöpft werden als es bisher der Fall ist!

Martina Handler:

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch fand am 26. April 2011 in der Robert-Jungk-Bibliothek in Salzburg statt.